

Operationsplan Deutschland

Einzug der Militarisierung in den Alltag

die aktuelle Lage

Militärische Sicherheit wird zur Kernaufgabe des Staates erklärt. Nicht nur das Militär, die gesamte Gesellschaft soll „kriegstüchtig“ werden. Alle anderen Aufgaben werden als zweitrangig betrachtet.

Die Bundeswehr wird entsprechend der Nato-Strategie umstrukturiert, um mit dem Großteil ihrer Truppenverbände die „Ostflanke des Bündnisses zu verteidigen“.

Deutschland ist zentrale logistische „Drehscheibe“ für die Verlegung von Truppen und Material der Verbündeten, für deren Versorgung und für die medizinische Betreuung verwundeter Soldaten.

Um das zu leisten, wird mit dem Operationsplan Deutschland festgeschrieben und eingeübt, welche Aufgaben von den Mitarbeiter:innen ziviler Behörden, Unternehmen, Dienstleistern und „Blaulichtorganisationen“ usw. zu leisten sind.

Für die „territoriale Verteidigung“ und als Schnittstelle zwischen Bundeswehr und Zivilisten wird die Division „Heimatschutz“ aufgebaut. Diese organisiert auch den Schutz der „kritischen Infrastruktur“.

Um im „Spannungs-“ oder „Verteidigungsfall“ über ausreichend militärisches und ziviles Personal verfügen zu können, wurden und werden etliche Gesetze neu formuliert und vom Bundestag verabschiedet. Einige dieser Gesetze haben sofortige Auswirkungen, wie das Wehrdienstgesetz oder das Gesetz zum Schutz kritischer Infrastruktur. Andere treten erst im Fall des „inneren oder äußeren Notstands“ in Kraft (GG Art 115, 80, 91, 35)



Monika Bootz – www.wetterau-aktionsfrieden.de

z.B. das Manöver „Red Storm Bravo“ im September 2025 in Hamburg

„Wie Zivilisten laut dem Oplan Deu im Kriegsfall konkret mit Militärs zu kooperieren hätten, war das Hauptthema des Manövers »Red Storm Bravo« ... Es begann mit einer Teilübung, bei der Truppen mit schweren Waffen im Hamburger Hafen ankamen. Kurz zuvor, so lautete das Manöverszenario, habe Russland zwei baltische Länder angegriffen; jetzt schicke die NATO Verstärkung. Die Truppen gingen an Land und Militärkolonnen fuhren, begleitet von Knallgeräuschen und Rauchentwicklung, durch die Stadt, erst tagsüber, dann nachts. Dabei hatten sie es mit simulierten Protesten zu tun – mit einer Blockade, die mit Hilfe der Polizei geräumt werden musste, um die Fahrt der Militärkolonne fortsetzen zu können. Eingebunden in das Manöver waren unter anderem die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), die Hamburg Port Authority (HPA), aber auch lokale Radiosender, die Verkehrsmeldungen über die Militärkolonnen senden sollten. Auch die Hamburger Agentur für Arbeit war involviert: Sie testete die Anwendung eines Gesetzes aus dem Jahr 1968, das es erlaubt, Zivilpersonen zu bestimmten Tätigkeiten zu verpflichten, sie also zu Zwangsarbeit zu verdonnern.

Neben dem Anlanden und der Fahrt der Militärkolonnen durch Hamburg gab es bei »Red Storm Bravo« ein weiteres Manöverszenario. Dabei wurde ein Sprengstoffanschlag auf eine Korvette im Hamburger Hafen simuliert, der viele Verletzte forderte. Gut 30 Mitarbeiter der Werksfeuerwehr der Marinewerft Blohm + Voss brachten sie zu Hubschraubern, die sie in Krankenhäuser fliegen sollten. ... Mit derlei Manövern werden nicht nur die Rettungsketten an sich getestet, es geht auch darum, zivile Krankenhäuser an die reibungslose Kooperation mit dem Militär zu gewöhnen – denn diese wäre im Kriegsfall für verletzte Soldaten essentiell.“

Jörg Kronauer am 31.1.2026 in der „jungen Welt“

<https://www.jungewelt.de/artikel/print.php?id=516659>

Das Grünbuch 4.0, die Zivil-Militärische Zusammenarbeit und der Heimatschutz

Anfang 2025 wurde das „Grünbuch ZMZ 4.0“ den Bundestagsabgeordneten vorgelegt. Darin war in verschiedenen Szenarien geschildert, worauf sich Deutschland vorbereitet sein soll, wenn Russland 2029 einen der baltischen Nato-Mitgliedsstaaten angreift. Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit wird im Rahmen von Übungen zum Katastrophenschutz schon seit Jahrzehnten geübt.

Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit – die es seit Jahrzehnten gibt – wurde 2012 gesetzlich neu geregelt. Nun sind die Kreisbundeswehrkommandos die Schnittstelle, über die die örtliche Behörde Unterstützung bei der Bundeswehr anfragen kann. Im umgekehrten Fall kann die Bundeswehr auf die Struktur des Zivil- und Katastrophenschutzes zugreifen. Dann ist diese der militärischen Befehlskette unterstellt. Die Kreisbundeswehrkommandos setzen sich aus Reservisten zusammen, die die Verhältnisse vor Ort gut kennen und teilweise selbst in den Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen mitarbeiten.

Eine zweite Ebene der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit hat das Landeskommando der Bundeswehr in Hessen schon vor einigen Jahren im Format der „Partnerschaften für den Heimatschutz“. Ziel ist es, eine größere Anzahl Reservisten zu bekommen, die regelmäßig geschult werden und so jederzeit sofort einsatzbereit sind.

Was nun genau geübt wird für die verschiedenen „Bedrohungslagen“ - darüber erfuhren man auch bei der Veranstaltung „Ist Frankfurt kriegstüchtig“ nichts. Nur soviel: Die Behörden sind gut vorbereitet, wenn ein „hybrider Angriff“ auf die kritische Infrastruktur stattfinden sollte.

Und immer wieder wird betont: Jeder soll sich selbst darauf vorbereiten, eventuell mal eine Woche ohne Strom, Wasser, offene Tankstellen und Geschäfte auszukommen.

Die Sonderrollen Frankfurts und Wiesbadens

In Frankfurt haben die Börse und die Europäische Zentral-bank ihren Sitz. Frankfurt ist ein zentraler Verkehrsknoten für Straße, Schiene und Flugverkehr. Nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. In Langen ist die Zentrale der Luftsicherung. Allerdings ist Frankfurt auch Sitz von DE-Cix. Das ist der weltweit der größte Internetknoten. Ohne diesen Internetknoten würde das Internet in Deutschland und Europa massiv beeinträchtigt. Wegen dieses Internetknotens haben sich in und rund um Frankfurt zahlreiche Rechenzentren angesiedelt.

Ähnlich sieht es für Wiesbaden aus. Allerdings wäre hier das „Headquarters US Army Europe“ in Erbenheim das Ziel, in dem seit eine Reihe weiterer Kommandozentralen gebündelt wurden. Unter anderem laufen hier die nachrichtendienstliche Informationen, die verschiedene US-Deinste von Irland bis Wladiwostok, vom Nordkap bis Südafrika sammeln. Kein anderer Nato-Staat würde ausreichend Informationen und Auswertungen beisteuern können, um das zu ersetzen.

„In Mainz-Kastel wird das 56th Theater Multi-Domain Command „reaktiviert“. Hinter diesem sperrigen Namen verbirgt sich nichts Geringeres als das 56. Kommando für die dimensionsübergreifende Kriegsführung auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Es geht hierbei um das Hirn der offensiven US-Kriegsführung in Europa. Hier werden Cyber-Operationen und vor allem Langstreckenfeuer koordiniert.“ (Nel Bonilla)

Wie aus der Infoveranstaltung in Frankfurt hervorging, haben der Zivil- und Katastrophenschutz verschieden Übungsszenarien für das, was man bei „Großlagen“ durch „hybride Kriegsführung“ erwartet. Eine Antwort darauf, wie die Bevölkerung im Kriegsfall geschützt werden würde – und selbst die Diskussion darüber – wir vermieden.

Anhang 1 – 4 JSEC – Joint Support Enabling Command

Unterstützung für die schnelle Verlegefähigkeit nach Osteuropa

Imi-online.de berichtete am 18. September 2019, dass auf dem NATO-Gipfel 2018 die Aufstellung eines NATO-Logistikkommandos (Joint Support Enabling Command, JSEC) in Ulm beschlossen wurde. Im Herbst 2019 habe es seine Arbeit begonnen.

Nel Bonilla fragt in ihrem Artikel (siehe oben) „Was bedeutet diese Rolle Deutschlands als Drehscheibe der NATO in Europa konkret?“

In Ulm sitzt das Joint Support and Enabling Command (JSEC) – zu Deutsch das zentrale Unterstützungskommando der Allianz. Offiziell ein NATO-Hauptquartier, bildet es faktisch das logistische Rückgrat für einen potenziellen US-amerikanischen Aufmarsch in Richtung Osten. Seine Aufgabe ist es, Truppen und schweres Gerät von den Atlantikhäfen reibungslos an die Ostflanke zu schleusen. Ein US-Planer beschrieb die Rolle des JSEC 2024 treffend als den „Mittelsmann“, dessen Werkzeug ein Netzwerk aus Straßen, Schienen und Wasserwegen sei, das von „Nordamerika bis zur Ostgrenze der NATO“ reiche. Deutschland ist in dieser Lesart eine Drehscheibe, deren einziger Zweck darin besteht, zu funktionieren.

Das neu aufgestellte Operative Führungskommando der Bundeswehr (OpFüKdoBw) fungiert hierbei als der nationale Vollstrecker: Während die NATO in Ulm den militärischen Bedarf anmeldet, sorgt dieses deutsche Kommando dafür, dass die zivile Realität sich diesem beugt. Es ist die Scharnierstelle, die Hindernisse aus dem Weg räumt – sei es durch die Priorisierung von Militärzügen bei der Deutschen Bahn, die Beschlagnahmung von Verkehrswegen oder die Bereitstellung ziviler Krankenhauskapazitäten. Damit schließt sich der Kreis: Dem OpFüKdoBw obliegt formal die Fortschreibung und Umsetzung des Operationsplans Deutschland (OPLAN DEU). Es ist also genau jene Behörde, die das theoretische Drehbuch der NATO in exekutive deutsche Verwaltungsakte übersetzt.“

Deutschland - Drehscheibe

Am 31. Mai 2017 erschien folgende Notiz auf imi-online.de :

„Deutschland: Drehscheibe Augengeradeaus [ein Blog zur deutschen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, MB] verweist auf den aktuellen Tagesbefehl des Verteidigungsministeriums, mit dem eine Fokussierung der Streitkräftebasis auf die Unterstützung der Ost-Aufrüstung auf den Weg gebracht wird: „Unmittelbare Folge dessen ist die gestiegene Bedeutung Deutschlands als zentral gelegenes strategisches Transitland und logistische Drehscheibe für unsere Verbündeten bei der Stärkung der NATO-Ostflanke. [...] Jetzt müssen wir unsere Fähigkeiten für Unterstützungsleistungen ausbauen und multinational abstimmen.“

In einem Artikel über die Münchener Sicherheitskonferenz schrieb Nel Bonilla am 18.2.2026:

„Der Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU), dieses 1.200 Seiten starke, geheime Dokument, ist nichts weniger als die Blaupause für die Totalmobilisierung der Gesellschaft und die logische Vollendung einer lang gehegten Strategie.

Die Erzählung der Bundesregierung lautet stets: Wir reagieren auf Putin. Die „Zeitenwende“ 2022 sei ein Schock gewesen, der eine neue Planung erzwang. Ein Blick in die Archive entlarvt diese Behauptung als Geschichtsklitterung. Eine Präsentation von Brigadegeneral Gerald Funke, damals Unterabteilungsleiter Planung I im BMVg, gehalten am 8. Juni 2017 in Ottawa, belegt das Gegenteil. Schon 2017 skizzierten deutsche Planer dort eine Welt der Blockkonfrontation und verwendeten die Formulierung „Deutschland als Transit-Nation“. Die Pläne, Deutschland zur logistischen Drehscheibe für die Ostflanke zu machen, wurden 2017 den Verbündeten als deutsche Rolle im Bündnis angeboten. Dass Funke heute als Generalleutnant das Unterstützungskommando leitet, bedeutet, dass er vom strategischen Vordenker in den Maschinenraum gewechselt ist, um genau jene Pläne in Beton und Befehlsstrukturen zu gießen, die er damals mitentworfen hat.“

- <https://www.nachdenkseiten.de/?p=146482>

Im Grünbuch werden einige Bereiche herausgegriffen, für die zivile Behörden, Blaulichtorganisationen, Privatunternehmen und Zivilpersonen eingeplant sind

Ein Zusammenfassung und Bewertung des Grünbuchs findet sich auf der Webseite German Foreign Policy

Teil 1: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9862>

Teil 2 <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9864>



Errichtung von Convoy Support Centern – Bereitstellung von Verpflegung, Treibstoffe, Übernachtungs- und Abstellkapazitäten - Unterstützung bei Wartung und Sicherung militärischem Gerät – medizinische Versorgung – Verkehrslenkung – gesundheitliche Versorgung erkrankter oder im Kampf verletzter Soldaten auch durch Ambulanzen, Arztpraxen und Apotheken – Versorgung von Flüchtlingen aus Nachbarländern durch Kommunen und Kreise ...

7

Grünbuch skizziert „Maßnahmen zur Vermeidung von Unruhen im Krisen- und Kriegsfall“

Das Grünbuch beschreibt nicht nur Schritte zum Schutz der Verkehrswege und der kritischen Infrastruktur (siehe Grafik), sondern ebenso Maßnahmen zur Verhinderung von Sabotage und „allgemeiner Unruhe“ in enger Kooperation zwischen Geheimdiensten, Polizei und Bundeswehr.

Um die Innere Sicherheit aufrechtzuerhalten soll es erhöhte Polizeipräsenz geben, die Polizei eng mit den Streitkräften zusammenarbeiten und über stets aktualisierte „Lagebilder“ z.B. Truppentransporte absichern, an den Grenzen stärker kontrolliert werden, dafür eventuell die Feldjäger und Militärpolizei von Verbündeten einbinden.

Die Geheimdienste sollen „Desinformation erkennen“ und schnell Gegenmaßnahmen ergreifen, um gesellschaftlicher Spaltung entgegen zu wirken.

Um „hybride Bedrohungen“ abzuwehren werden Nachrichtendienste mit Bundeswehr und Polizei zu einer „systematischen engen Abstimmung“ übergehen.



Die Pläne, so wie sie im Grünbuch skizziert sind, sollen „Resilienz“ der Bevölkerung stärken – ihre Bereitschaft, die Zumutungen von Krisen und Krieg zu ertragen.

Die dafür nötige zivil-militärische Kooperation solle schon „in den Schulen“ vermittelt werden.

Dafür brauche es dringend einen „Mentalitätswechsel“ in der Bevölkerung. (Generalinspekteur Carsten Breuer) ⁸